

**Heidemarie Wieczorek-Zeul, MdB  
Bundesministerin a.D.**

**Steuer gegen Armut: Eine realistische Utopie?  
Schlusswort zur Veranstaltung Steuer gegen Armut – Transaktionssteuer,  
28.05.-29.05.2010**

Die Steuer gegen Armut ist keine Utopie! Eine Welt, in der wir uns für faire Verteilung einsetzen, ist keine Utopie sondern eine realistische und verwirklichtbare Forderung! Wir wissen seit Jahren, wie notwendig diese Steuer ist, viele andere erkennen erst jetzt, dass es sich nicht um eine Utopie handelt!

Ähnlich wie bei der Entschuldungsinitiative Ende der Neunziger Jahre und zu Beginn des 21. Jahrhunderts haben wir heute mit der Finanztransaktionssteuer die Chance für eine Umsetzung zwischen den Beteiligten einer Basisbewegung und denen in der Politik, die dazu guten Willens sind.

**Die Finanztransaktionssteuer ist in Reichweite**

Im Jahr 2001 habe ich als Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung bei dem Frankfurter Professor Prof. Paul Bernd Spahn eine „Machbarkeitsstudie“ in Auftrag gegeben: Die Studie "Zur Durchführbarkeit einer Devisentransaktionssteuer" hat dargestellt, dass die Steuer keineswegs nur global, sondern auch innerhalb von Zeitzeonen funktionieren kann. Sie könnte also zunächst für die europäische Zone beziehungsweise die Eurozone eingeführt werden.

Damals wurde diese Botschaft vor allem von Nichtregierungsorganisationen unterstützt. Wir waren damals schon überzeugt: für ein ökonomisches, ökologisches

und soziales Zusammenleben brauchen wir globale Regelungen – brauchen wir Global Governance!

Es gibt aktuell unter dem Eindruck der Finanzmarktkrise bereits eine ganze Reihe von Prüfaufträgen internationaler Gremien für die Finanztransaktionssteuer: Im September 2009 haben sich die G20 in Pittsburgh für eine Prüfung ausgesprochen. Der internationale Währungsfond hat Ende April diesen Jahres einen Zwischenbericht über die Beteiligung der Banken an den Kosten der Finanzkrise vorgelegt und Anfang Mai haben sich auch die EU-Finanzminister für eine Prüfung der Finanztransaktionssteuer ausgesprochen: „Ferner müssen wir weiterhin an anderen Initiativen – wie etwa der Stabilitätsabgabe- arbeiten, die gewährleisten sollen, dass der Finanzsektor in künftigen Krisenfällen seinen Teil der Last trägt, und dabei auch die Möglichkeit einer globalen Transaktionssteuer sondieren.“ heißt es in den Schlussfolgerungen des Rates Wirtschaft und Finanzen der Europäischen Union. Zuvor hatte das Europäische Parlament am 22.02.2010 bereits die EU-Kommission aufgefordert, einen entsprechenden Vorschlag vorzulegen.

Die Steuer ist in Reichweite – und ich danke allen Unterstützern der Petition an den Deutschen Bundestag – es sind insgesamt 66.200 Unterstützer geworden, die mit ihrer Initiative wichtigen Schub geliefert haben.

### **Gefährliche Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise**

Der krisenbedingte Schaden für die öffentlichen Haushalte ist enorm: Wir haben riesige Zusatzausgaben zur Krisenbekämpfung auf der einen Seite und rezessionsbedingte Steuerausfälle auf der anderen Seite. Allein in dieser Legislaturperiode wird eine Finanzierungslücke von rund 300 Milliarden Euro bei Bund, Ländern und Gemeinden entstehen.

Der französische Ökonom Frédéric Lordon hat im Februar 2010 festgehalten, dass 11.400 Milliarden US-Dollar zur Bewältigung der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise aufgebracht werden, das sind fast 1.700 US-Dollar pro Erdenbürger. Nach Berechnungen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO hat die Krise bis Ende 2009 weltweit rund 34 Millionen Arbeitsplätze vernichtet. Nach Angaben des EZB-Monatsberichts vom März 2010 werden die Staaten der Europäischen Union noch mindestens 20 Jahre brauchen, um die von der Finanzkrise verursachten Schulden bewältigen zu können. Weiteren Schätzungen zufolge werden in den Jahren 2009 bis 2015 als Folge der Finanzkrise jährlich ca. 200.000 bis 400.000 Säuglinge zusätzlich sterben. Selbst die Müllsammler in Chile und Kolumbien haben seit Beginn der Krise Einkommenseinbußen. Die Abnahmepreise für Recycling-Stoffe sanken um fast 50 Prozent.

### **Die Millenniumsentwicklungsziele müssen verwirklicht werden!**

Bei der Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele gibt es eine gemischte Bilanz: Von 117 Ländern sind heute 63 auf dem Weg ihre Ziele zur Armut- und Hungerbekämpfung zu erreichen, während es 2006 noch 46 Länder waren. Ein Großteil der 20 Länder ohne Fortschritt liegt allerdings in Subsahara-Afrika.

Im Bereich Bildung sind insgesamt mehr Erfolge festzustellen, wenngleich weltweit immer noch 72 Millionen Kinder im Grundschulalter nicht zur Schule gehen – davon leben die Hälfte in Subsahara-Afrika. Hier muss investiert werden, es geht um die Finanzierung mobiler Schulen, den Aufbau nationaler Bildungssysteme, die Schulung und Einstellung von Personal und die Abschaffung von Schulgeldern.

Die weltweite Kindersterblichkeit ist zwar von 12,5 Millionen Kindern 1990 auf 8,8 Millionen 2008 gesunken, aber natürlich ist diese Zahl noch immer dramatisch hoch.

So auch bei der Müttersterblichkeit: Jährlich sterben 343.000 Frauen an den Komplikationen während der Schwangerschaft oder bei der Entbindung. Das heißt, dass jede Minute weltweit eine Frau bei der Geburt eines Kindes oder an den Folgen einer Geburt stirbt. 99 % dieser Frauen sterben in Entwicklungsländern.

Die Ursachen für diese hohe Zahl sind vielfältig. Die Gründe liegen vor allem in einer Mißachtung von Frauen, einer mangelnden Gesundheitsversorgung sowie der Tatsache, dass es keinen Zugang zu Mitteln der Familienplanung gibt.

Wir müssen in diesen Ländern einen Aufbau sozialer Sicherungssysteme ermöglichen und die Rolle der Frauen stärken! Wir können helfen, indem wir nationale Gesundheitssysteme mit aktiver Teilhabe zivilgesellschaftlicher Organisationen stärken, eine neue Infrastruktur ermöglichen und die Versorgungssysteme verbessern. Eine zusätzliche internationale Entwicklungsunterstützung ist dabei unerlässlich.

Bei der Aids-Bekämpfung sind Fortschritte bei der Reduzierung der Neuinfektionen mit HIV zu verzeichnen: Gegenüber 1996 hat sich die Zahl um 30% reduziert. Durch die vom Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria geförderten Programme konnten bis Ende 2009 ca. 4,9 Millionen Menschenleben gerettet werden. Täglich werden mindestens 3600 Menschenleben gerettet und Tausende Neuinfektionen verhindert.

Es ist entscheidend, dass bei der Wiederauffüllungskonferenz in diesem Jahr die notwendigen Mittel für den globalen Fonds zugesagt werden! Ich hatte 2007 jährlich 200 Millionen Euro zugesagt. 2007 haben in Berlin alle Geber zusammen rund 10 Milliarden US-Dollar für 3 Jahre zugesagt. Diese Summe wird mindestens für die nächsten drei Jahre nötig sein.

Bei der Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit haben wir bisher wenige globale Ergebnisse. Die Förderung der Erneuerbaren Energien ist aber wichtig, ebenso wie die Hilfe für die Anpassung an den Klimawandel und einen Schutz des Klimas zu ermöglichen.

Die Geberländer haben zugesagt, den Entwicklungsländern jährlich 100 Milliarden US-Dollar bis 2020 für den Klimaschutz zur Verfügung zu stellen. Diese Zusagen müssen gehalten werden!

### **Für den Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft:**

Die Krise trifft am härtesten diejenigen, die am wenigsten für ihre Ursachen verantwortlich sind. Der Schaden ist groß und viele Länder werden durch die wirtschaftliche Entwicklung vom erreichten Fortschritt weit zurückgeworfen. Vor diesem Hintergrund wird deutlich: Die internationale Gemeinschaft muss insgesamt Beträge zwischen 400 und 500 Milliarden US-Dollar mobilisieren. Rund 277 Milliarden US-Dollar sind für die Erreichung des 0,7 %-Ziels notwendig und rund 100 Milliarden für Maßnahmen wie die Anpassung an den Klimawandel und den Zugang zu Erneuerbaren Energien.

Diese Zahl ist im Verhältnis zu den 1,3 Billionen US-Dollar, die die internationale Gemeinschaft jährlich für Rüstung ausgibt, verhältnismäßig gering. Die Entwicklungszusammenarbeit wird tausendfach evaluiert. Warum werden eigentlich Auslandseinsätze des Militärs nicht evaluiert, obwohl damit weit höhere Kosten gebunden werden?

Auch in Deutschland geht es im übrigen um die Frage der jeweiligen Prioritäten: Die schwarz-gelbe Regierung gibt jährlich 1,2 Milliarden Euro für die Reduzierung des Steuersatzes vom Frühstück in Hotels aus.

Die Rolle der Vereinten Nationen muss gestärkt werden, damit die Interessen der Entwicklungsländer besser vertreten werden können. Die G8 und die G20 sind wichtige Foren, aber die nicht vertretenen Entwicklungsländer argumentieren zurecht: Es gibt auch die „G192“, das heißt alle UN-Mitgliedstaaten, und auch sie müssen beteiligt sein. In diesem Kontext wäre endlich ein UN-Sicherheitsrat für globale Fragen notwendig, in dem alle Regionen, ebenso wie die globalen Entwicklungsorganisationen und IWF und WTO, hochrangig vertreten sein sollten.

In den bereits laufenden Haushaltsberatungen werden die einzelnen Staaten ihre Exit-Strategien für einen Ausstieg aus den staatlichen Unterstützungsmaßnahmen beschließen. Dabei ist die Gefahr groß, dass die Entwicklungsländer diejenigen sind, die durch die Exit-Strategien geschwächt werden. Die von der internationalen Gemeinschaft gemachten Zusagen zur Entwicklungszusammenarbeit müssen eingehalten werden! Statistisch bekommt jeder Mensch in Afrika derzeit 17 Euro pro Kopf als Hilfe aus allen reichen Ländern. Jede europäische Kuh wird am Tag mit über zwei Euro, jährlich, also mit 730 Euro, subventioniert. Diese Zahlen sprechen nicht gegen die Entwicklungszusammenarbeit, sondern gegen die Art der Subventionierung der Agrarprogramme.

Europa darf seine Chancen, bei den globalen Lösungswegen mitzuwirken, nicht verspielen. Entwicklungspolitik ist und bleibt die günstigste, erfolgreichste und nachhaltigste Friedenspolitik! Wenn die Zusagen nicht eingehalten werden, wird das dauerhafte Auswirkungen haben. Die weltweite Armut kann nicht bekämpft werden, die internationale Gemeinschaft würde auch ihre Glaubwürdigkeit aufs Spiel setzen und der Glaube an demokratische Institutionen und Beteiligung würde noch mehr erschüttert.

## **Die Vorteile der Finanztransaktionssteuer**

Die Finanztransaktionssteuer würde alle börslichen und außerbörslichen Transaktionen mit Finanzwerten wie Aktien, Anleihen, Finanz- und Rohstoffderivate sowie alle Devisentransaktionen auf Spot- und Terminmärkten mit einer minimalen Umsatzsteuer belegen. Dabei geht es um Minimalsteuersätze von 0,01% bis 0,1%.

Durch die Steuer können kurzfristige Spekulationsgeschäfte verteuert werden. Finanziell getroffen würden kurzfristige Spekulationsgeschäfte mit hochriskanten Produkten. Außerdem kann die Steuer das Spekulationsvolumen eindämmen. Das österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) schätzt, dass Derivattransaktionen bei einem Steuersatz von 0,01% um 10% bis 40%, bei einem Steuersatz von 0,1% aber bereits um 60% bis 90% zurückgingen. Dabei hätte die Finanztransaktionssteuer kaum Auswirkungen auf langfristige Transaktionen. Einfache Finanztransaktionen wie Einzahlungen und Abhebungen von Bankkonten wären von der Steuer ausgenommen.

Gleichzeitig ist aber mit einem hohen Ertragspotential zu rechnen: bei einem Steuersatz von 0,05% (und einem gleichzeitigen Rückgang der Transaktionen um 65%) wäre weltweit mit einem jährlichen Steueraufkommen von ca. 660 Milliarden US-Dollar zu rechnen. Europa könnte danach mit 290 Milliarden US-Dollar rechnen. Allein in Deutschland belief sich das Aufkommen – je nach Steuersatz - auf 14 bis 20 Milliarden Euro pro Jahr.

Mit der Steuer würde endlich die Steuerbefreiung auf Finanztransaktionen abgeschafft werden. Im Gegensatz zu allen anderen Dienstleistungen unterliegen Finanzdienstleistungen in der EU nicht der Mehrwertsteuer. Mit einer Finanztransaktionssteuer würde diese ungerechtfertigte Steuerbefreiung aufgehoben

Was viele Kritiker nicht einsehen wollen: Die Einführung kann durchaus in Etappen erfolgen. Die Finanztransaktionssteuer kann durchaus zunächst in einzelnen Zeitzonen wie der europäischen Zeitzone oder der Eurozone eingeführt werden.

Außerdem ist die Steuer ohne großen Aufwand, ohne hohe Kosten über vorhandene elektronische Handelsplattformen und Abrechnungssysteme leicht umsetzbar. Die Einnahmen könnten für nachhaltige Investitionen in die Armutsbekämpfung, den Kampf gegen den Klimawandel, für die Millenniumsentwicklungsziele und Bildung verwandt werden. Der Klimawandel ist eine ernsthafte Bedrohung für die Armutsbekämpfung und die gesamte menschliche Entwicklung. Treibhausgasemissionen werden weiter steigen, wenn wir nicht zu härteren Maßnahmen greifen. Klimapolitische Ziele und Anpassungsmaßnahmen müssen mit den Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer angegangen werden.

**Wir dürfen nicht zulassen, dass wir als die Generation in die Geschichte eingehen, die zwar Billionen aufbrachte, um den Finanzsektor zu retten, aber nicht die Kraft oder den Willen aufbrachte, die Welt vor Hunger, Armut, Arbeitslosigkeit und Klimawandel zu retten!**

Der Internationale Währungsfonds (IWF) wurde vom G-20-Gipfel in Pittsburgh im September 2009 beauftragt Lösungen vorzuschlagen, wie die Finanzindustrie an den Kosten der Finanzkrise beteiligt werden könne. In einem auf dem G-20-Finanzministertreffen im April 2010 vorgelegten Zwischenbericht spricht sich der IWF für die Einführung eines Finanzstabilitätsbeitrages (Financial Stability Contribution), d.h. für eine um weitere Finanzmarktakteure erweiterte Bankenabgabe zur Mitfinanzierung eines zukünftigen Bankenrettungsfonds, aus. Darüber hinaus schlägt der Bericht die Einführung einer weiteren Steuer, und zwar auf Gewinne und



Vergütungen von Finanzinstitutionen vor, die vom IWF als Finanzaktivitätssteuer (Financial Activity Tax) bezeichnet wird. Über die Ausgestaltung der vorgeschlagenen Finanzaktivitätssteuer macht der IWF nur äußerst vage Angaben: Insbesondere über Steuersätze, konkrete Bemessungsgrundlagen und letztlich das Ertragspotential fehlt es an Angaben.

Wichtiger noch: Die von einer Finanztransaktionssteuer ausgehende Eindämmung des Spekulationsvolumens dürfte bei der Finanzaktivitätssteuer entfallen, denn die Besteuerung von Gewinnen und Vergütungen kann nicht zwischen Erträgen aus mehr oder weniger spekulativen Geschäften unterscheiden. Der IWF kritisiert an der Finanztransaktionssteuer, sie sei nicht auf die Kernursachen finanzieller Instabilität fokussiert, würde die Unternehmensfinanzierung und die Absicherung von Kursrisiken verteuern sowie die Wertschöpfung mehrfach besteuern und damit zu Verzerrungseffekten führen. Keines der gegen die Finanztransaktionssteuer ins Feld geführten Argumente hält einer näheren Überprüfung stand:

Mit der Vertuierung und damit Eindämmung kurzfristiger Derivatgeschäfte bekämpft die Finanztransaktionssteuer sehr wohl eine der wesentlichen Ursachen der Instabilität von Finanzmärkten und der regelmäßigen Wiederkehr von Finanzkrisen. Die Unternehmensfinanzierung und Risikominderungsgeschäfte werden, von Bagatellbeträgen abgesehen, gerade nicht belastet. Bei kurzfristigen Finanztransaktionen handelt es sich um abgeschlossene Einmaltransaktionen, nicht um Teile einer auf einander aufbauenden Wertschöpfungskette. Diese Argumentation ist daher irreführend.

Der IWF erkennt die Berechtigung für eine zusätzliche Besteuerung des Finanzsektors über eine Bankenabgabe hinaus ausdrücklich an. Positiv gewendet,

könnte man sagen: auch der IWF spricht sich für eine weitergehende Beteiligung der Banken an den Kosten der Krise im Geiste der Finanztransaktionssteuer aus.

Allerdings können weder die Kritik an der Finanztransaktionssteuer noch die vagen Aussagen zur Finanzaktivitätssteuer überzeugen. Die Finanztransaktionssteuer bleibt weiter auf der Agenda.

### **Wie soll es weitergehen?**

Der zentrale Druck muss auf die Bundesregierung ausgeübt werden, denn sie blockiert angesichts des FDP-Widerstandes konkrete Vorschläge. Auch die EU-Mitgliedstaaten müssen Druck ausüben, damit der zuständige EU-Kommissar einen entsprechenden Vorschlag vorlegt. Außerdem können wir in einer engen Kooperation mit den Kampagnen „Americans For Financial Reform“ und „Europeans for Financial Reform“ weiter für eine globale Steuer, die über europäische Grenzen hinweg gültig wäre, arbeiten.

Darüber hinaus sollten wir eine mögliche Europäische Bürgerinitiative entsprechend dem europäischen Volksbegehren nach Art. 11 Absatz 4 des EU-Vertrages und Artikel 24 Absatz 1 des Vertrages über die Arbeitsweise der EU unterstützen. Die Beschlüsse zur Umsetzung des Instrumentes werden bis Ende diesen Jahres gefasst sein, so dass das Instrument dann auch genutzt werden kann.

Wir müssen die Kräfte für die Finanztransaktionssteuer bündeln! Eine gemeinsame Initiative mit europäischen Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen sollte gestartet werden. **Gemeinsam können wir, ähnlich wie bei der Entschuldungsinitiative, eine Chance schaffen, um die**

**Finanztransaktionssteuer durch eine Zusammenarbeit der Zivilgesellschaft mit den politisch Verantwortlichen durchzusetzen!**

**Die Finanztransaktionssteuer ist auch eine Chance für eine solidarische Initiative in der Globalisierung. Sie verbindet das gemeinsame Interesse der Menschen in den Industrieländern und den Entwicklungsländern an einer demokratischen Gestaltung, bei der nicht die Schwachen die Lasten tragen, sondern die verantwortlichen Verursacher.**